

RUDOLF DENNER, HORST WELLNER

## Palast der Republik – Ballast für die Politik?

Im Palast der Republik in Berlin wird asbestsaniert. Es werden keine Kosten gescheut, um auch die letzte Asbestfaser(Ost) aus diesem Gebäude zu entfernen. Zehn Jahre ist es nunmehr her, seit der Palast geschlossen wurde – wegen »Asbestverseuchung«, wie es heißt. Erneut fordert gegenwärtig die CDU die Errichtung eines Gebäudes mit einer Stadtschloßfassade an dieser Stelle und erntet damit vielfältigen berechtigten Protest und Widerspruch aus der Bevölkerung und von Fachleuten, weil kein Schloß, sondern lediglich ein Plagiat potemkinscher Dimension entstehen würde.

Am 23. April 1976 wurde der Palast mit einem Fest seiner Erbauer eröffnet. Unverzüglich nahm ihn die Bevölkerung in Besitz. Er wurde von ihr und den Gästen aus aller Welt angenommen wie kein anderes Gebäude in Deutschland, weil es die vielfältigsten Möglichkeiten bot und nach außen hin Offenheit ausstrahlte.

Das Foyer vermittelte in seiner Großzügigkeit den Eindruck einer Festhalle und war es des öfteren auch. Hier fanden internationale Tanzturniere, die Tage der Kultur, Shows und andere Veranstaltungen statt. Ledersessel luden zwischen wundervollen Pflanzenarrangements zum Verweilen ein. Die Galerie des Palastes befand sich hier; die fünf Meter hohe »gläserne Blume« war ein idealer Treffpunkt. Der Jugendtreff war der Ort vieler Diskos, Foren, Singe- und Solidaritätsveranstaltungen, Werkstattgespräche, Diskussionsabende und Lesungen mit Schriftstellern. Der Palast verfügte über insgesamt 1500 Plätze in dreizehn verschiedenen Restaurants mit ganz unterschiedlichem Flair.

Der große Saal besaß eine beeindruckende Variabilität und konnte von 500 bis 5000 Plätze gestaltet werden. Hier fanden Revuen, klassische und Jazzkonzerte, Ballettabende, nationale und internationale Kongresse sowie viele kulturelle Veranstaltungen auf hohem Niveau und mit einer bemerkenswerten Breite statt. Bedeutende Künstler und Interpreten – nicht nur aus der DDR, sondern auch aus vielen Ländern – traten hier auf.

Von 1976 bis zur Schließung im Jahre 1990 fanden hier 21000 Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt, Palastbälle, Konzerte sowie Kongresse und Tagungen. Mehr als 97 Prozent aller Veranstaltungen waren kultureller Art. Über 70 Millionen Besucher fanden hier Entspannung und – heute noch nachwirkende – Erlebnisse und Eindrücke.

Im nördlichen Teil des Gebäudes hatte die Volkskammer der DDR ihre Wirkungsstätte.

Rudolf Denner – Jg. 1939,  
Diplomwirtschaftler,  
Außenhändler, Mitglied  
des Verbandes der  
Arbeiterfotografen.

Horst Wellner – Jg. 1934,  
Diplomingenieur, Mitbegrün-  
der der seit 1993 bestehen-  
den Bürgerinitiative »Pro  
Palast«.

Die – anfangs nicht offen ausgesprochene – Delegitimierungsstrategie der Kohlregierung gegen die DDR machte 1990 auch um den Palast keinen Bogen, ihre praktische Durchsetzung wies jedoch einige Besonderheiten auf. Die damalige CDU-Regierung der DDR, bereits durch Berater am Tropf der Kohlregierung, gab ein Asbestgutachten in Auftrag, dem später viele Bürger das Wort Gefälligkeit hinzufügten. Auf der Grundlage von Zwischenergebnissen dieses Gutachtens wurde der Palast am 19. September 1990 auf Anweisung des Ministers im Amt des Ministerpräsidenten, Reichenbach, überraschend geschlossen. Nur die Akteure wußten Bescheid, nicht einmal der damalige Ministerpräsident de Maizière kannte die Einzelheiten. Es wäre schon interessant, wenn heute die Regiedetails zu diesem Schmierentheater öffentlich gemacht würden. Die Bundesrepublik hätte vermutlich einen weiteren Skandal; momentan gedeiht er noch im Verborgenen.

Es ist allerdings schon jetzt ein Skandal, daß das Asbestgutachten der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Sind die Meßwerte des Gutachtens und die Art und Weise der Auftragsvergabe aus dem Jahre 1990 ein Staatsgeheimnis? Wer solche und andere Fragen an die Bundesregierung oder den Petitionsausschuß des Bundestages stellt, bekommt lediglich unkonkrete »offizielle«, also unbefriedigende Antworten.

Nach der Vollsperrung des Palastes zog die Volkskammer in ein anderes Gebäude, dessen Asbestbelastung wohl noch höher war als die ihrer bisherigen Wirkungsstätte. Das allerdings störte niemanden, und offensichtlich fühlte sich auch die Volkskammerpräsidentin, eine Ärztin, die sich auf Lungenkrankheiten spezialisiert hatte, von den Asbestfasern ihres neuen Wirkungskreises nicht bedroht. Knapp zwölf Tage später gab es diese Volkskammer nicht mehr, sie hatten sich selbst abgeschafft. Es blieb der nunmehr geschlossene *Palast der Republik*.

Asbest kann krebserregend sein. Das wird heute von niemanden bestritten. Deshalb gibt es auch strenge Vorschriften, besonders für die Entsorgung dieses Materials. Vor dreißig und mehr Jahren aber diente Asbest als Feuerschutz und fand international eine breite Anwendung, auch in der Bundesrepublik und auch in Westberlin. Viele Gebäude sind heute noch asbestbelastet. Existieren dafür auch teure Asbestgutachten, entsprechende Konsequenzen?

Die Vorschriften besagen, daß ein Kubikmeter Luft nicht mehr als 500 Asbestfasern enthalten dürfe. Zu DDR-Zeiten wurden im Palast etwa 80 Fasern pro Kubikmeter gemessen. Die zuständige Berliner Senatsverwaltung informierte 1996 auf Anfrage: »In Ballungsräumen wie Berlin ist aufgrund der früheren weitreichenden Asbestanwendungen heute mit einer Faseranreicherung von bis zu 150 Faser pro Kubikmeter Außenluft zu rechnen.«

Wurde jemals eine Straße oder ein Innenbezirk der Stadt deswegen gesperrt? Die Harvard Universität der USA wies bereits 1988 nach, daß das Risiko, bei einem Autounfall zu sterben etwa 1600-, bei Rauchern 8800- und selbst bei Fußgängern 290fach höher ist als durch asbestverursachten Lungenkrebs. Natürlich sollen die Gefahren, die vom Asbest ausgehen, nicht verniedlicht werden, beachtet werden müssen allerdings die Relationen, auch aus der Sicht des

Bezugspunktes *Palast der Republik* und dem politisch mißbrauchten Argument der »Asbestverseuchung«, ein Wort übrigens, das in seriösen Fachzeitschriften nicht angewendet wird. Man spricht von Asbestbelastung.

Natürlich mußte im Palast saniert werden. 70 Millionen Besucher und die intensive Nutzung des Gebäudes hatten Spuren hinterlassen. Unglaublich ist allerdings die Art und Weise der Asbestsanierung. Sie erfolgt nach der teuersten und aufwendigsten Methode, die die totale Beseitigung des Asbestes zum Inhalt hat, und bedeutet, daß der Palast auf den Rohbauzustand zurückgebaut werden muß. Es ist de facto ein Abriß auf Raten. Diese Methode wurde zwingend vorgegeben, eine plausible Begründung dafür gibt es nicht. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mußte nach langen Hin und Her dafür 150 Millionen Mark bereitstellen, die nach neuen Erkenntnissen auf zirka 230 Millionen aufgestockt werden müssen. Es wird nicht die letzte Erkenntnis dieser Art bleiben. Die Mittelfreigabe war eine der letzten Amtshandlungen der Kohlregierung.

Andere Sanierungsmethoden wurden von vornherein negiert, auch günstigere Angebote, zum Beispiel das einer amerikanischen Firma mit einem Aufwand von 60 bis 80 Millionen Mark für die Gesamtsanierung, wurden nicht ernsthaft geprüft. Nutzungskonzepte für den Palast unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen wurden gar nicht erst in Betracht gezogen, die mehrheitliche »Pro-Palast«-Meinung der ostdeutschen Bevölkerung zur Erhaltung und Nutzung des PdR durch die verantwortlichen Politiker einfach mißachtet. Was sagt dazu eigentlich der Bund der Steuerzahler?

Für die Berliner CDU spielten solche Fragen entweder keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Sie beschloß bereits 1992, den *Palast der Republik*, das Außenministerium der DDR und auch das Staatsratsgebäude abzureißen, 1993 zog die Bundes-CDU nach. Die eigentliche Begründung lieferte der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus in schöner Offenheit mit den Worten, daß es darum ginge, die »bauliche SED-Vergangenheit wegzuräumen.« Von Asbest war da keine Rede. Das ist ebenso politisch instinktlos und überheblich wie die Meinung eines anderen CDU-Politikers, der allen Ernstes die Meinung vertritt, im Palast hätten die DDR-Bürger nur »ihre Westsehnsucht« ausgelebt. Ein Gemeinsamer Ausschuß von Bund und Land, parlamentarisch dazu nicht legitimiert, beschloß gleich mehrmals den Palastabriß.

Ein Schloßförderverein wurde von einem Hamburger Bürger gegründet. Er genießt großzügigste finanzielle und anderweitige Unterstützung durch Mitglieder des Berliner Senats, allen voran der Regierende Bürgermeister, Banken und andere einflußreiche Personen. So ist er in der Lage, finanziell aufwendige »Pro-Schloß«-Kampagnen zu starten, die letztlich helfen sollen, alte und neue CDU-Beschlüsse im öffentlichen Meinungsbild salonfähig zu machen.

An einer ausgewogenen Meinungsbildung der Bevölkerung zum Thema Schloß oder Palast haben weder Bundesregierung noch Senat Interesse. Seit Jahren können sich Interessierte zwar über das nichtexistierende Schloß und seine Geschichte informieren, nicht aber über den existierenden Palast und seine vielfältigen Einrichtungen. Entsprechende Vorschläge dazu wurden regelmäßig abgelehnt.

Mehr als 10 000 Bürger folgten einem Aufruf der PDS zu einem Protestspaziergang gegen die Abrißabsichten, in verschiedenen Unterschriftenaktionen wurden mehr als 100 000 »pro-Palast«-Unterschriften gesammelt. Mehrere Bürgerinitiativen wurden gegründet und sind aktiv. Regelmäßig fanden vor dem Palast sanfte Palastbelagerungen statt, die viel Anklang bei der Bevölkerung fanden. Der Palast wurde so zur Adresse des Protestes und des Widerstandes. Hier traten Bürger öffentlich für den Erhalt des Palastes auf, hier sprachen der inzwischen verstorbene Chefarchitekt dieses Hauses, Prof. Heinz Graffunder, Heinz Quermann, Jan Koplowitz, Prof. Heinrich Fink und andere.

Protest kam von prominenten Künstlern und Interpreten, die im Palast aufgetreten waren. Nicht zu übersehen war und ist die »pro-Palast«-Meinung vieler Mitglieder der Berliner Architektenkammer, des Werkbundes, der Akademie für Städtebau sowie namhafter Vertreter der Denkmalschutzbehörden und anderer Spezialisten. Der Petitionsausschuß des deutschen Bundestages mußte nicht zuletzt aus diesen Gründen bereits 1995 der Kohlregierung die Empfehlung geben, den Palast zu erhalten. Diese Empfehlung wurde und wird von den verantwortlichen Politikern bisher gröblichst mißachtet.

Wegen angeblichen Unfallgefahr, verursacht durch acht seit längerer Zeit fehlende, 50 Zentimeter lange Laubfanggitter, wurde im Morgengrauen des 31. Januar 1996, an dem eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses stattfand, ein 430 Meter langer »Schutzzaun« um das Gebäude angebracht. Ein Schildbürgerstreich, könnte man vermuten. Wollten sich die politisch Verantwortlichen so vor Protesten am Objekt des politischen Anstoßes schützen?

Der vielfältige Protest wird von der Mehrheit der Berliner Lokalpresse kaum zur Kenntnis genommen. Für eine ausgewogene sachliche Meinungsbildung ist in den Spalten dieser Blätter nachweisbar kaum Platz. Die gleiche Einschätzung gilt für die lokale TV-Landschaft in Berlin. Beispiele dafür gibt es genug.

Der Palast hat einen aktuellen Wert von zirka einer Milliarde Mark, er wurde aus Steuermitteln der DDR finanziert und ging am 3. Oktober 1990 ins Eigentum der Bundesrepublik Deutschland über. Die Regierungen aller Couleur haben dieses Gebäude zehn Jahre lang verkommen lassen, indem sie notwendige Erhaltungsmaßnahmen verhinderten. Die SPD-Führung, die vor den Wahlen allen alles versprach, auch einen vernünftigen Umgang mit dem Palast, neigt heute zur potemkinschen Schloßfassade. Ein Nutzungskonzept hat sie, ebenso wie auch die CDU, nicht.

Im Palast der Republik steht die Wiege des wiedervereinigten Deutschlands, denn im Plenarsaal der Volkskammer der DDR beschlossen die Volkskammerabgeordneten im August 1990 mehrheitlich den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG.

Der Konflikt, ob Palast oder Schloß, ist ein Pseudokonflikt und weltfremd dazu, aber leicht zu lösen, indem man den Palast wieder so herstellt, wie er war, und dann in die Schloßplatzgestaltung einbezieht. Auch die DDR-Architektur gehört zur Geschichte dieses Landes, und niemand hat das Recht, sie zu entsorgen oder Abrißvandalisten zu überlassen.